Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 44

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

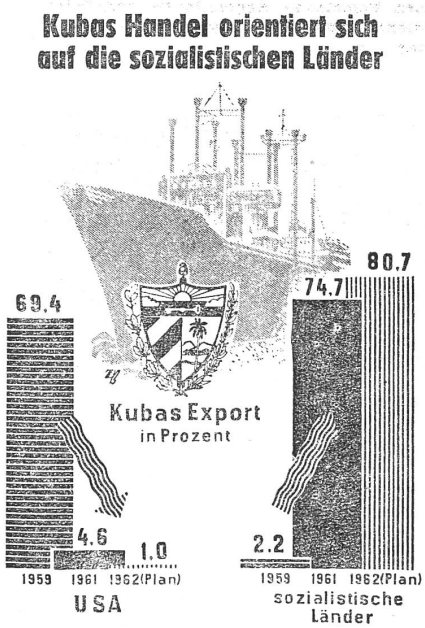
Der Handel Kubas mit dem Ostblock

Bis 1959 waren die Vereinigten Staaten der bedeutendste Handelspartner Kubas. Der hauptsächlichste Exportartikel Zucker wurde von den USA im Sinne einer Wirtschaftshilfe zu einem erhöhten Preis übernommen.

Seit 1960 ist der Ostblock als wichtigster Handelspartner an die Stelle der USA getreten. Fidel Castro hielt am 26. September 1960 vor der UNO-Generalversammlung eine Marathonrede, in welcher er unter anderem behauptete, dass die Vereinigten Staaten durch Verminderung des Warenaustausches und Kürzung der Zuckerimporte eine «wirtschaftliche Aggression» gegen Kuba begangen hätten.

In Tat und Wahrheit geht der grundsätzliche Richtungswechsel der kubanischen Aussenwirtschaft auf den Willen der kubanischen Regierung zurück. Lange bevor die USA ihre Importquoten kürzten, hatte Kuba sich zu grossen Zuckerlieferungen an den Ostblock verpflichtet. Ab Januar 1960 wurden verschiedene Massnahmen getroffen, die den Richtungswechsel der kubanischen Aussenwirtschaft bewirken mussten:

- **Neue Lizenzvorschriften für Importe entgegen Kubas Pflichten als Mitglied des GATT.**
- **Zwang und Druck auf kubanische Kunden amerikanischer Firmen, ihre Bestellungen anderswo aufzugeben.**



- **Kürzung der Importquote für amerikanischen Reis um 25 Prozent, Zollerhöhung auf amerikanischem Reis bei gleichzeitigem zollfreiem Reisbezug aus einem andern Land.**
- **Gebühren von 30 bis 100 Prozent auf Dollarwechseln zur Bezahlung amerikanischer Lieferanten.**
- **Ablieferungszwang für Dollarzahlungen an kubanische Lieferanten.**

Als Folge dieser und anderer Massnahmen kam der Handel Kubas mit den USA praktisch auf den Stillstand. Dafür wurden die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ostblock beträchtlich verstärkt.

Das wichtigste Exportgut Kubas ist der Zuker. Die Rohzuckerausfuhr nach der Sowjetunion gestaltete sich in den Jahren 1956—1961 folgendermassen:

	Tonnen	Mio neue Rubel
1956	214 300	13,1
1957	350 900	42,2
1958	197 900	13,9
1959	132 500	6,7
1960	1 467 800	93,4
1961	3 345 000	270,4

Bis Ende 1959 hat Kuba keine Waren aus der Sowjetunion bezogen. Ein Güterverkehr besteht erst seit 1960. Die Handelsstatistik gibt folgendes Bild:

(in Millionen neuen Rubeln)

	1960	1961
Sowjetische Exporte nach Kuba	63,7	248,3
Sowjetische Importe aus Kuba	93,4	280,7

Die wichtigsten sowjetischen Exporte nach Kuba umfassen (in 1000 neue Rubel):

	1960	1961
Maschinen und Ausrüstungen		1 071
Exkavatoren und Baumaschinen	160	4 340
Traktoren und Landmaschinen	1 142	3 249
Strassenfahrzeuge und Garageeinrichtungen	4 010	32 501
Rohöl	16 577	29 289
Oelprodukte	8 332	14 961
Schwarzbleche	5 583	12 812

Der Aussenhandel mit *Polen* entwickelte sich ebenfalls seit 1960. Die Importe aus Kuba haben sich verdoppelt und sind von 39 Mio Zloty (1960) auf 97,5 Mio Zloty (1961) angestiegen; sie betrugen 0,7 Prozent bzw. 1,4 Prozent der Gesamtimporte. Die Einfuhr besteht vorwiegend aus Zukker, obschon Polen selber ein bedeutender Zuckerproduzent ist. Deshalb sind die polnischen Zuckerexporte beträchtlich gestiegen und betrugen vergangenes Jahr bereits 191 168 Tonnen. Nach Kuba exportierte Polen insbesondere Lebensmittel. Die Ausfuhrwerte betrugen 16,3 Mio Zloty (1960) und 9,2 Mio Zloty (1961), was 0,3 bzw. 0,2 Prozent der Gesamtexporte ausmachte.

Auch *Jugoslawien* bezog im letzten Jahre eine beträchtliche Menge Zucker im Tausch gegen Lebensmittel. Der Exportwert betrug 1960 130 Mio Dinar und 1961 bereits 1,4 Milliarden Dinar, was 0,8 Prozent der Gesamtausfuhr Jugoslawiens ausmachte.

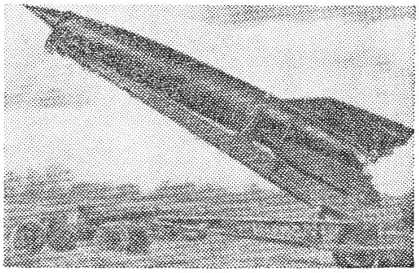
Bulgarien hat ein Handelsabkommen mit Kuba am 11. Januar 1961 geschlossen und einen Kredit von 5 Mio Dollar eingeräumt. Es bezieht vorwiegend Zucker und liefert neben Lebensmitteln auch kleinere Maschinen.

Die *Sowjetische Besatzungszone Deutschlands* errichtet in Kuba verschiedene Fabrikbetriebe. Das erste Handelsabkommen wurde am 29. Februar 1960 geschlossen und sieht die Lieferung von Fabrikationseinrichtungen für 15 Betriebe, vorwiegend des Werkzeugmaschinenbaues, vor.

Die Sowjetbasen auf Kuba

Die Bedeutung sowjetischer Abschussrampen für Fernlenkgeschosse liegt auf der Hand. Die ganzseitige Karte der beiden amerikanischen Kontinente zeigt die zentrale Lage Kubas, von wo aus Nord- und Südamerika gleicherweise bedroht werden können. Sie zeigt auch die Umklammerung Nordamerikas durch die Sowjetunion rund um den Nordpol. Nach den üblichen Karten und Schulatlanten ist dieses Bild weniger vertraut, aber besonders aufschlussreich. Die Reichweite der Sowjetraketen von Kuba aus ist durch zwei Kreise eingezeichnet. In diese Kreise fallen alle wichtigen Städte Nord- und Zentralamerikas sowie einige der wichtigsten Industriegebiete dieser Kontinente.

Wenn die sowjetischen Basen ungestört hätten errichtet werden können, so wären sie wohl kaum zur Auslösung eines weltweiten Atomkrieges eingesetzt worden. Die Bedeutung dieser Basen liegt in der potentiellen Bedrohung, die die Vereinigten Staaten zum unaufhaltsamen Rückzug gezwungen hätten. Es ist zu bedenken, dass diese Drohung aus Kuba deshalb viel ernster ist, weil Fernlenkwaffen von dort innerhalb höchstens fünf Minuten New York erreichen; in dieser kurzen Zeit ist eine Gegenaktion nicht mehr auszulösen. Aus der Sowjetunion benötigen die Raketen jedoch ungefähr 20 Minuten und werden durch den ameri-



kanischen Radarschirm sehr früh erfasst. Die Kraft zum Gegenschlag kann also voll erhalten werden. Diese Ueberlegung weist natürlich auch den offensiven Charakter der sowjetischen Basen auf Kuba einwandfrei nach.

Nach Fertigstellung dieser Basen hätte die Sowjetunion eines Tages mit der massiven Drohung einer Vernichtung der wichtigsten amerikanischen Städte eine scheinbar vernünftige und sogar bescheidene Konzession erzwungen: Rückzug der westlichen Truppen aus Westberlin und Rückzug der Sowjettruppen aus Ostberlin. Damit wäre Berlin der totalitären sowjetischen Besatzungszone Deutschlands preisgegeben. Aber der Preis hätte klein geschienen, weil ja die amerikanischen Städte vor dem Untergang bewahrt worden wären.

Wenige Monate darauf wäre mit der gleichen massiven Drohung eine weitere, scheinbar gar nicht unvernünftige Forderung gestellt worden: Rückzug aller westlichen Truppen aus der Bundesrepublik. Dies hätte zu einer Wiedervereinigung Deutschlands geführt, aber unter sowjetischen Vorzeichen. Danach wäre es eine Frage weniger Monate gewesen, bis Frankreich und Italien dem sowjetischen Einfluss hätten zugeführt werden können. Westeuropa wäre in wenigen Jahren dem Ostblock einverleibt worden.

Das sind Spekulationen, aber es ist wahrscheinlich, dass sie der sowjetischen Planung entsprechen. Chruschtschew ist um so mehr zu diesem Vorgehen gezwungen worden, als er sich infolge der Agrarkrise wachsenden inneren Schwierigkeiten gegenübersieht. Kuba ist eine entscheidende Karte im Pokerspiel Chruschtschews.

Die Arbeit an den Abschussrampen in Kuba ist nach sowjetischen Meldungen eingestellt worden. Die Sowjetunion sucht durch überraschende Zugeständnisse wertvolle Zeit zu gewinnen. Eine ebenso unermüdliche wie schliesslich leider unpopuläre Kontrolle durch die USA wird nötig sein, damit Chruschtschews Karte nicht noch im Schatten von Verhandlungen zum Trumpf wird.

Moskaus Raketengerassel

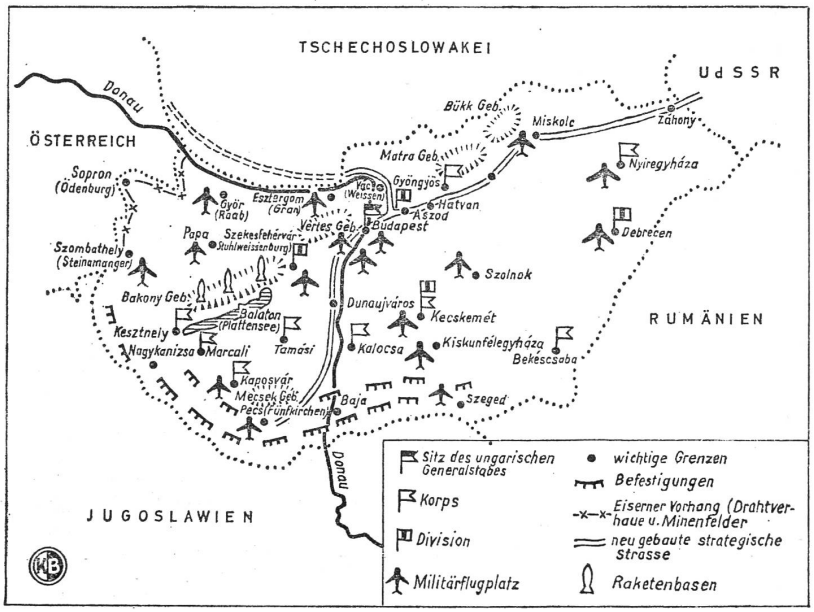
Im vergangenen Februar führte der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Malinowski, in einem der «Prawda» gewährten Interview aus, dass die Sowjetunion in der Lage sei, «mit einem einzigen Kernraketenschlag beliebige Objekte, sämtliche Industrie- und Verwaltungszentren der USA vom Erdboden zu tilgen und ganze Länder zu vernichten, die ihr Territorium für amerikanische Militärstützpunkte zur Verfügung gestellt haben.» Der Sowjetmarschall führte weiter aus: «Als Verteidigungsminister der Sowjetunion erkläre ich mit voller Verantwortung — und ich weiss, worauf ich mich stütze, wenn ich eine solche Erklärung abgebe: Wir sind jetzt die Stärkeren, und wir werden nicht stehenbleiben.»

Im KB vom 24. Oktober 1962 (Nr. 43) haben wir im Artikel «Wink mit Raketen» darauf hingewiesen, dass die strategischen Raketentruppen heute den Kernpunkt der operativen Planung der Sowjets bilden. Im Zusammenhang mit den auf Kuba festgestellten sowjetischen Raketenstützpunkten rechtfertigt sich eine eingehendere Analyse der sowjetischen Raketenstrategie an dieser Stelle. In der bereits in KB, Nr. 43, erwähnten sowjetischen Militärzeitschrift «Kommunist Woorushennych Sil», 6/62, preisen die beiden Autoren W. Glasow und J. Sheltikow unter anderem die grosse Beweglichkeit der russischen Raketen: «Die modernen ballistischen Raketen besitzen als Kampfmittel gegenüber den anderen Waffenarten wesentliche Vorzüge. **Sie können leicht im Gelände dezentralisiert und getarnt werden.** Für den Start von Raketen sind keine grossen Startplätze erforderlich. Mit Raketen kann man Objekte auf grosse Entfernungen vernichten. Sie können mit grosser Genauigkeit Kernladungen von gewaltiger Zerstörungskraft zu den festgelegten Zielen transportieren. Die ausgezeichnete Qualität unserer Raketentechnik wird sowohl durch die Zuverlässigkeit der Raketen selbst wie auch aller komplizierten Startmechanismen und Vorrichtungen, die die Kampfart gewährleisten, charakterisiert.»

Wenn man diese freimütigen Aeusserungen der beiden Sowjetobersten in Betracht zieht, ist es weiter nicht erstaunlich, dass Herr Sorin im Sicherheitsrat der UNO die vom USA-Chefdelegierten Stevenson vorgelegten Luftaufnahmen sowjetischer Raketen auf Kuba nicht betrachten wollte. Diesmal hatte die Tarnung nicht geklappt...

Es muss nun interessieren, wie die Raketen nach sowjetischer Planung eingesetzt werden sollten. Wertvolle Rückschlüsse lassen sich diesbezüglich aus einer Artikelfolge in «Krasnaja Swesda» vom 29. November und 14. Dezember 1961 ziehen. In einem Artikel, «Die Raketenwaffen der modernen Armeen», entwickeln die beiden Kandidaten der Militärwissenschaften, Oberst I. Sheltikow und Oberstleutnant W. Larionow, den Einsatz der Sowjetraketen im Angriff. Die beiden Autoren führen wörtlich aus: «Raketen von operativ-taktischer Bedeutung werden mit stärkeren Kernladungen in der Grössenordnung 50 bis 100 000 Tonnen ausgerüstet. **Ihre äusseren Abmessungen und ihr Gewicht sind etwas grösser als bei taktischen Raketen. Die Startvorrichtungen für die operativ-taktischen Raketen sind ebenfalls beweglich und können unter beliebigen Bedingungen mit den allgemein-militärischen Verbänden und Einheiten zusammenwirken.** Die grosse Flugweite der Raketen gestattet es, den Gegner mehrere hundert Kilometer tief im Hinterland zu bekämpfen.»

Die beiden Sowjetoffiziere verweisen in diesem Zusammenhang auf eine Aeusserung ihres Verteidigungsministers Malinowski, wonach «bei den Landstreitkräften der Sowjetarmee die Raketenverbände und Einheiten von operativ-taktischer Bedeutung, die mit Kern- und andern Raketen mit einer Reichweite bis zu Hunderten von Kilometern ausgerüstet sind, die Hauptkraft bilden.» Anschliessend wird ein Vergleich der Raketen mit der konventionellen Artillerie gezogen und die überragende Bedeutung der Raketen in einem modernen Angriffskrieg mit folgenden Worten geschildert: «Die modernen taktischen und operativ-taktischen Raketen gestatten es, Objekte mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 100 Prozent zu vernichten, und das über erheblich grössere Entfernungen. **Mit Hilfe der Raketenwaffen kann man bereits während der**



Vorbereitung des Angriffs die Verteidigungstruppen des Gegners einschliesslich der weit hinten gelegenen Objekte, wie Kommandostellen, Abschussbasen, Nachschubeinheiten und Reserven, vernichten. Die Gewissheit des Erfolges wird nicht so sehr durch die Anzahl der eingesetzten Feuermittel als vielmehr durch die Stärke der Ladungen bestimmt. Die Wirksamkeit nur einer Rakete mit einer Kernladung kleinerer Sprengkraft übersteigt die einer Salve von Hunderten von Geschützen und Minenwerfer aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges.»

Es unterliegt keinem Zweifel, dass im Rahmen des Warschauer Paktes die Sowjets sämtliche europäischen Satellitenstaaten mit Raketenstützpunkten aller Art bestückt haben. Zwar wird in der Satellitenpresse mit geradezu verdächtiger Hartnäckigkeit immer wieder darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Raketen rein defensiver Natur seien und lediglich zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes vor den imperialistischen Kriegshetzern dienten.

Wenn man aber in Betracht zieht, welch grosse Bedeutung die Sowjets der Tarnung beimessen, und dass nach ihren eigenen Aussagen die operativ-taktischen Raketen bloss «etwas grösser» sind als die taktischen, so rechtfertigt sich die Annahme, dass alle zugegebenen sogenannten «defensiven» Raketeneinheiten grundsätzlich von den Sowjets eben als offensiv gedacht und geplant sind. Dies um so mehr, als sich die Errichtung der sowjetischen Basen, im Gegensatz zu den Nato-Stützpunkten, unter strikter Geheimhaltung vollzogen hat. Wo und wie viele Raketenstützpunkte sich in den Satellitenstaaten befinden, kann naturgemäss bloss aus Flüchtlingsberichten und bekannten Sperrzonen erahnt werden.

Immerhin sei am Beispiel Ungarns (siehe Karte) gezeigt, wie sich die bekannten Raketenstützpunkte und Militärflugplätze der Sowjets netzartig über das ganze Land verteilen. Diese ernüchternden Angriffsthesen der Sowjetstrategie lassen schlagartig alle Friedens- und Koexistenzbeteuerungen in Vergessenheit geraten. Diese Strategie lässt aber auch erkennen, warum eine Quarantäne Kubas seitens der USA unumgänglich wurde. Die sowjetischen Raketen im «amerikanischen Hinterhof» hätten ja «bereits während der Vorbereitung des Angriffs die Verteidigungstruppen des Gegners, einschliesslich der weit hinten gelegenen Objekte», vernichten können. Daher muss die weitere Entwicklung in Kuba mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Der sowjetische Imperialismus

Die Frage, ob die Sowjetunion in Kuba defensive oder offensive Raketenbasen errichtet hat, kann auch durch das Verhalten der UdSSR seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges geklärt werden. In einem klaren Verstoss gegen die Atlantik-Charta, der die Sowjetunion am 24. September 1941 beigetreten war, annektierte sie widerrechtlich die folgenden Gebiete:

	Bevölkerung	Gebiet in km²
Finnische Provinzen	450 000	65 000
Polnische Provinzen	11 800 000	181 000
Estland	1 122 000	45 000
Lettland	1 951 000	64 000
Litauen	2 957 000	65 000
Rumänische Provinzen		
Bessarabien	3 200 000	44 000
Bukovina	500 000	6 000
Königsberger Gebiet	1 187 000	14 000
CSR-Gebiete	731 000	13 000
Süd-Sachalin	415 000	36 000
Kurilen	18 000	10 000
Tannu Tuva	65 000	166 000
Kuschka	?	?
Total Bevölkerung	24 396 000	
Total Fläche		709 000

(Sowjetunion, Bevölkerung gesamthaft heute: 208 826 000, Fläche: 22 403 000 Quadratkilometer)

Durch die Atlantik-Charta hatten die Signatarmächte jedem Volk das Recht zugestanden, sich seine Regierung frei zu wählen. Dieses Recht wurde durch die Abkommen von Jalta vom Februar 1945 bestätigt. Für die meisten Länder waren freie Wahlen unter Aufsicht der Viermächtekommission vorgesehen. Trotz wiederholter Proteste und Mahnungen wurden diese Wahlen in Verletzung der Abkommen so beeinflusst, dass die kommunistischen Parteien langsam aber sicher die Macht übernahmen die diese Länder dadurch der Herrschaft Moskaus ausliefern konnten. Durch dieses vertragswidrige Verhalten konnte die Sowjetunion folgende Satellitenstaaten schaffen:

Europa	Bevölkerung	Gebiet in km²
Albanien	1 421 000	29 000
Bulgarien	7 667 000	111 000
D«D»R	17 517 000	107 000
Polen	28 300 000	312 000
Rumänien	17 579 000	238 000
Tschechoslowakei	13 353 000	128 000
Ungarn	9 815 000	93 000
	95 652 000	1 018 000
Asien		
China	653 334 000	9 597 000
Mongolei	1 010 000	1 531 000
Nordkorea	9 600 000	124 000
Nordvietnam	13 800 000	159 000
	677 744 000	11 411 000
Insgesamt	773 396 000	12 429 000

Demgegenüber haben die Westmächte seit 1945 keine einzige Gebietsvergrösserung zu verzeichnen, dafür aber praktisch alle Kolonien aufgegeben oder sind im Begriff, diese Kolonien der Selbstverwaltung zuzuführen. Auf diese Weise ist durch die Nationen der freien Welt folgenden Staaten die Unabhängigkeit zuerkannt worden: Philippinen, Indien, Pakistan, Indonesien, Burma, Ceylon, Malaya, Korea, Syrien, Marokko, Libanon, Jordanien, Israel, Laos, Kambodscha, Vietnam, Libyen, Tunesien, Sudan, Ghana, Guinea, Kamerun, Togo, Senegal, Mali, Madagaskar, Kongo (Brazzaville), Somali, Elfenbeinküste, Kongo (Leopoldville), Ober-Volta, Dahomey, Niger, Tschad, Zentralafrika, Gabon, Nigeria, Mauretanien, Tanganjika, Sierra Leone, Algerien, Uganda. Das sind Meilensteine des westlichen Freiheitsgedankens.

Der Castroismus in Südamerika

Der Castroismus ist eine südamerikanische Version des Kommunismus und in Propaganda und Infiltration viel erfolgreicher als die gesteuerten Aktionen aus der Moskauer Zentrale. Die nach aussen sichtbaren Träger dieser adaptierten Bewegung sind Lateinamerikaner; die Sowjets bleiben im Hintergrund. Ihre Muttersprache ist Spanisch und wirkt nicht übersetzt. Sie sind aus dem Gefühl heraus in der Lage, die besten Ansätze für die kommunistische Propaganda zu erfassen.

Der unbestreitbare Erfolg des Castroismus in Südamerika kommt in der beträchtlichen Zahl von Fidelisten, namentlich in Brasilien und Kolumbien, aber auch in Argentinien und Chile, zum Ausdruck. Dieser Erfolg beruht auf der Tatsache, dass der Castroismus

- **einerseits für die soziale Gerechtigkeit einzustehen vorgab und**
- **anderseits eine antiamerikanische Prägung mit Erfolg vertrat.**

Südamerika weist sehr starke feudalistische Züge auf, indem der Grossgrundbesitz eine Entwicklung der Landbevölkerung verhindert. Infolgedessen ist die Bevölkerung in eine reiche Minderheit und in eine sehr arme Mehrheit aufgespalten. Die grosse Distanz zwischen den Extremen wird durch das Fehlen einer Mittelschicht noch unterstrichen.

Solche Strukturen sind ein günstiges Angriffsfeld für den Kommunismus, obschon — oder gerade weil — er ähnliche Züge aufweist; denn er tarnt seine Absichten unter dem Mantel der angeblich angestrebten sozialen Gerechtigkeit. Er vermag zudem diesem Einsatz durch den revolutionären Kampf gegen die herrschenden Klassen den Anstrich der Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Das zeigt gerade das Beispiel Kubas. Durch zahlreiche Versprechungen wusste Castro sich die Unterstützung den senkrechten Landarbeiter zu sichern. Insoweit trug seine Revolution demokratische Züge. Einmal an der Macht, enthüllte er jedoch sein wahres Gesicht als kommunistischer Diktator und dachte nicht im entferntesten daran, seine Versprechen einzulösen. Daher geht es trotz den offiziellen Behauptungen dem kubanischen Landarbeiter heute nicht sehr viel besser als unter der Regierung Batista, mit dem Unterschied allerdings, dass ein Volk sich zur Not von einer rechtsextremen, nie aber von einer linksextremen Diktatur befreien kann. So ist es denn wenig erstaunlich, dass Kuba die wesentlichen Züge eines totalitären Staates aufweist: Unterdrükkung aller Freiheitsrechte, Bekämpfung von Religion und Kirche, Konzentrationslager, willkürliche Hinrichtungen sowie eine Fluchtbewegung ins Ausland.

Dank der übermächtigen Organisation des Diktators kann trotzdem, und mindestens für den Auslandsgebrauch, der Einsatz im Namen der sozialen Gerechtigkeit vorgegeben werden.

Der zweite Anziehungspunkt des Castroismus betrifft seine Einstellung gegen die Vereinigten Staaten. Lateinamerika ist entwicklungsmässig hinter Nordamerika zurückgeblieben, was nicht zuletzt auf die klimatischen Bedingungen zurückzuführen

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 31. Oktober 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

ist. Die Lateinamerikaner beneiden den Nordamerikaner um seinen Lebensstandard. Daher konnten breite Volksmassen vom scheinbaren Mut Castros angesprochen werden, der es «wagte», von einer kleinen Insel aus mit bloss sechs Millionen Einwohnern dem amerikanischen Adler die Stirn zu bieten.

Der Castroismus würde, ähnlich dem Peronismus, auch den Sturz des Führers für einige Zeit zu überleben vermögen, weil beide Faktoren, die Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit und die negative Einstellung gegenüber den USA, zu Grundkomponenten des südamerikanischen Charakters geworden sind. Die Stellung der USA ist deshalb langfristig gesehen solange schwierig, als sie nicht selber das Banner einer Bewegung erheben, die universell und revolutionär, ohne Ansehen des jeweiligen Regimes, für die Anliegen der Freiheit eintritt.

Die Weltpresse zur Kuba-Krise

Reaktion im Ostblock

Erst 15 Stunden nach Kennedys Rede reagieren die Moskauer Zeitungen, noch später erst gibt die Agentur Tass den ersten Kommentar. Der wunde Punkt, nämlich die offensiven Raketenbasen in Kuba, wird von Radio und Presse völlig verschwiegen.

«Prawda»: «Die Blockade stellt die direkte Wiederbelebung des Piratentums und der internationalen Räuberei dar, mit welchen die Menschheit hoffte, nachdem in Nürnberg und Tokio die Hauptkriegsverbrecher verurteilt wurden, für immer fertig geworden zu sein ...

Mit ihren neuen Abenteuer handeln die amerikanischen Regierungskreise wie feige Raubtiere ...

Die Stellung, welche die USA-Regierung eingenommen hat, beweist nicht Kraft, sondern bloss den historisch unabdingbaren Untergang des ausbeuterischen kapitalistischen Systems ... Jetzt sind aber die Zeiten vorbei, wo die Piraten unbestraft handeln konnten ...»

«Izvestija»: «... Was die Sowjetunion, das Sowjetvolk betrifft, so werden uns Drohungen der imperialistischen Aggressoren auch in Zukunft nicht daran hindern, dass wir unsere grosse internationale Pflicht erfüllen, den ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigenden Völkern Unterstützung und Hilfe zu gewähren. Das Sowjetvolk antwortet auf die Besessenheit der amerikanischen Imperialisten damit, dass sich seine Reihen rings um unsere Kommunistische Partei und Sowjetregierung noch mehr zusammenschliessen ...»

Radio Moskau behauptet in einer «Diskussion am runden Tisch», die amerikanischen Massnahmen seien eine im voraus geplante Provokation auf Grund von gefälschten Luftaufnahmen und vergleicht diese Massnahmen mit dem Vorgehen Hitlers.

Vom 24. auf den 25. Oktober verändert sich der Tonfall der Sowjetpresse rapid. Die Kuba-Krise wird nur gestreift. Allerdings wird **erstmals in einem Nebensatz erwähnt («Prawda» und «Izvestija»), die UdSSR sei der Errichtung von Raketenbasen in Kuba beschuldigt. (Diese Erwähnung ist möglicherweise die Folge der erfolgreichen amerikanischen Ostblocksendungen.) Natürlich werden die Luftaufnahmen gemäss Sorin «als offensichtliche Fälschungen» bezeichnet.**

Am 28. Oktober wird dann der Brief Chruschtschews an Kennedy veröffentlicht, wo die Formulierung steht: «... Jene Waffen, die Sie als offensiv bezeichnet haben.» Von den Raketenbasen immer noch beim Wort.

Ausführlich befasst sich dafür die «Prawda» mit dem chinesisch-indischen Konflikt und nimmt ausgesprochen für China Stellung. Interessanterweise konnte noch am 23. Oktober morgens festgestellt werden, dass die Ostblocksendungen von «Free Europe» München heftig gestört wurden bei den Ausführungen zur Kuba-Krise, hingegen nicht beim Kommentar zur chinesischen Aggression in Indien.

Presse und Radio der Satelliten orientieren sich am sowjetischen Leitbild.

Radio Prag erklärt, dass kein souveräner Staat es hinnehmen könne, dass seine Schiffe von einem andern Land kontrolliert würden.

Radio Warschau meint, Kennedy habe dem Druck der imperialistischen Kreise nachgeben müssen.

Radio Sofia spricht vom internationalen Banditen-, Gangster- und Piratentum sowie von Hitlerismus.

Die «Pekinger Volkszeitung»: «Alle friedliebenden Länder und Völker der Welt müssen jetzt auf der Hut sein und den aggressiven Manövern der Kennedy-Administration Einhalt gebieten.»

Alle Kommentare in Jugoslawien verurteilen die amerikanischen Massnahmen, mehr oder minder heftig.

«Borba», Belgrad, verlangt eine dringende Intervention der Uno. Ebenso Tito in seiner Erklärung vom 24. Oktober in der Zeitung «Vjesnik».

Vjesnik», Zagreb: «Die kubanische Revolution, ja sogar ihrer gesellschaftlichen Bedeutung nach, bedroht nicht die Beziehungen der USA in dieser Hemisphäre. Sie bedroht nur die traditionellen amerikanischen Ziele in diesem Gebiet, d. h. jene Ziele, welche der Machtblockpolitik dienen.»

Aus der atlantischen Gemeinschaft

Die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt u. a.: «Die Sowjetunion vertritt den Gedanken der Weltrevolution, des Sturzes ihr nicht genehmer Ordnung, und hat ihre aggressiven Absichten gerade durch ihr Vorgehen in Kuba vor aller Welt bewiesen. Sie versucht den status quo umzustürzen.»

«New York Times» lobt die Zurückhaltung des Präsidenten, trotzdem viele Amerikaner drastischere Sanktionen verlangen.

«New York Herald Tribune» versichert, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sich einig hinter den Präsidenten stellen wird.

«The Times», London, stellt fest, dass die Raketenbewaffnung Kubas eine erstaunliche Provokation der Sowjetunion ist.

«L'Aurore», Paris, findet, dass es für die Amerikaner diesmal wirklich darum geht, Moskau sowohl in Berlin als auch in Kuba Einhalt zu gebieten.

«La Nation». Die gaullistische Pariser Zeitung bedauert, dass Amerika seine Verbündeten nicht konsultiert hat.

Das Luzerner «Vaterland» sieht in der Kuba-Krise eine klare sowjetische Provokation und Bedrohung Amerikas, die mit nichts vom Tische zu wischen ist.

«Salzburger Nachrichten: «Die USA haben auch Klarheit darüber geschaffen, dass die Verteidigung der Freiheit das grösste kalkulierbare Risiko rechtfertige.»

Das «Berner Tagblatt» bringt einen Bericht des bekannten amerikanischen Kolumnisten Alsop, der als wirkliche Gefahr nicht Kuba, sondern Berlin hinstellt.

Die «Frankfurter Allgemeine» hebt die Vorsicht und Zurückhaltung hervor, die beide Parteien erkennen lassen. (Anrufung des Sicherheitsrates, nur gegen Waffen gerichtete Blockade, behutsames Vorgehen bei Kontrolle der Schiffe.)

Der konservative Londoner «Daily Telegraph» wirft Moskau vor, in Kuba ein stillschweigendes Abkommen gebrochen zu haben: die Sowjets tolerieren USA-Stützpunkte nahe ihrer Grenze (Türkei), der Westen schweigt widerstrebend zu der Versklavung halb Europas durch die Sowjets.

Die «Solothurner Zeitung» fordert als Gebot der Stunde die absolute Solidarität der freien Welt.

«Neue Zürcher Zeitung»: «Wenn ihn (Chruschtschew), wie viele glauben, seine strategische Unterlegenheit dazu (Aktion Kuba) veranlasste — der Umstand nämlich, dass seine nuklearen Interkontinentalraketen der Ergänzung durch Mittel- und Langstreckenraketen auf kubanischen Rampen bedürfen — so hat er damit seine relative Schwäche eingestanden.»

Echo in Lateinamerika

Was Präsident Kennedy mit der in Punta del Este versprochenen Wirtschaftshilfe nicht gelang, das bewerkstelligte Chruschtschew mit seinen Raketenbasen in Kuba: die lateinamerikanischen Regierungen haben sich solidarisch um das Banner der Organisation amerikanischer Staaten geschart. Die Presse dieser Länder billigt in seltener Einmütigkeit die Massnahmen der USA. Wie Nehru in Indien, erwacht auch Südamerika aus einem Schlaf, um feststellen zu müssen, dass der revolutionäre Krieg jeden Kontinent erfasst hat.

«La Prensa», Buenos Aires: «Moskau und Peking sehen in den lateinamerikanischen Völkern ihre leichteste Beute: sie sollen durch Infiltration oder Gewalt unterjocht werden.»

«La Cronica», Lima: «Nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern Peru und ganz Amerika reagieren auf die rote Gefahr ...»

«El Universal», Mexico City: «Präsident Kennedy hat den Lügenvorhang zerrissen, den die Sowjets vor Kuba gezogen hatten ...»

«Ultima Hora», La Paz: «Wir glauben deshalb, dass die Zeit gekommen ist, da Irreführungen ... nicht mehr gültig sind. Jetzt ist es Zeit für alle lateinamerikanischen Staaten, politisch Stellung zu beziehen, ob sie für den Kommunismus sind oder dagegen.»

«Prensa Libre», Guatemala: «Präsident Kennedy sprach mit der tiefen Ueberzeugung des Mannes, der in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Grundsätzen der Zivilisation und aus Achtung für die Rechte aller Völker, im Frieden zu leben, handelt.»

«La Prensa», Costa Rica: «In diesem Augenblick, da die Vereinigten Staaten ... mutig die Verteidigung der Hemisphäre übernehmen, sind wir endgültig und unwiderruflich mit ihrem Schicksal, das das unsere ist, verbunden.»

«Tribuna», Montevideo: «Es gibt keine Alternative; angesichts der kommunistischen Gefahr ist Kennedys Antwort die einzig mögliche.»

«El Telegrafo», Ecuador: «Es ist die Ueberzeugung aller lateinamerikanischen Völker, dass Washington Geduld bis zum Letzten geübt hat.»